

Fraktions-Briefing

Aktuelle politische Lage

Der Beginn dieser Woche stand im **Zeichen der Freilassung der israelischen Geiseln in Gaza**. Endlich konnten Familien ihre Lieben wieder in die Arme schließen. Das waren bewegende Bilder. Für andere – das ist leider auch Teil der Wahrheit – ist nun der Tod ihrer Angehörigen schreckliche Gewissheit. Die Unionsfraktion wird die Erinnerung an die Verbrechen wachhalten. Das Leid der Opfer des Hamas-Terrors und ihrer Familien darf nicht vergessen werden. Die Terroristen der Hamas müssen jetzt ihre Waffen niederlegen. Israel und die Region, Israelis und Palästinenser, Juden und Muslime haben Frieden verdient. Es ist gut, dass Bundeskanzler Friedrich Merz am Montag in Ägypten war.

Diese **Koalition ist angetreten, Deutschland voranzubringen**. Dafür braucht es den Mut der Anpackenden. Wir packen an, auch die dicken Brocken. Der Koalitionsausschuss brachte in der vergangenen Woche sehr gute Einigungen, u.a. zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, zur Reform der Grundsicherung für mehr Arbeitsanreize und eine bessere private Altersvorsorge.

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Regierungserklärung zum Europäischen Rat

Die Debatte zum Europäischen Rat widmet sich den internationalen Herausforderungen. Angefangen bei den außenpolitischen Konfliktherden im Nahen Osten und der Ukraine über die Gefährdungen der europäischen Sicherheit durch hybride Bedrohungen bis hin zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit – all diese Aufgaben erfordern aus Verantwortung für Deutschland den Einsatz für ein starkes Europa. Dafür arbeiten die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen jeden Tag. Unser Bundeskanzler Friedrich Merz übernimmt eine Führungsrolle in Europa. Dabei zeigt sich deutlich, dass die Themen des Europäischen Rates keine außenpolitischen Themen, sondern Teil unserer deutschen Innenpolitik sind. Auf europäischer Ebene müssen Regulierung abgebaut werden, der Binnenmarkt vertieft sowie neue und vertiefte Handelspartnerschaft geschaffen werden.

Erste Beratung zum neuen Wehrdienst

Leider konnte die für Dienstag geplante Vorstellung des zwischen der CDU/CSU und der SPD geeinten Verhandlungsergebnisses nicht erfolgen. Grund war eine kurzfristige Intervention des Verteidigungsministers, die zu einer veränderten Lage innerhalb der SPD-Fraktion geführt hat.

Für uns ist klar: Grundlage der weiteren politischen Beratungen nach der ersten Lesung ist das zwischen den Fraktionen abgestimmte Verhandlungsergebnis. Wir haben uns darauf verständigt, die erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Modernisierung des Wehrdienstes in dieser Woche wie geplant durchzuführen. Danach steigen wir in die weiteren Verhandlungen ein.

Wir brauchen zeitnah eine tragfähige Lösung, die der aktuellen sicherheitspolitischen Lage gerecht wird. Putin interessiert sich weder für Stichtage noch für Kabinettttermine. Abschreckung entsteht nicht durch Zeitpläne, sondern durch Substanz – konkret: durch tatsächlich erreichte Personalstärken.

Das Verhandlungsergebnis bildet ein Stufenmodell ab, das zunächst Freiwilligkeit vorsieht und gleichzeitig eine Bedarfswehrpflicht vorbereitet, wenn die Freiwilligkeit nicht ausreicht. Zur Erfüllung der NATO-Zusagen wurde ein verbindlicher Aufwuchspfad mit klaren Zielkorridoren für mindestens 260.000 Aktive und 200.000 Reservisten vereinbart – einschließlich einer halbjährlichen Berichtspflicht des Verteidigungsministers gegenüber dem Parlament. Denn wer Abschreckung ernst meint, muss sich an den erreichten Aufwuchszielen messen lassen.

Konkret heißt das:

1. Wir setzen zunächst auf Freiwilligkeit – das ist grundsätzlich.
2. Reicht das nicht, folgen Musterung und intensive Ansprache, aber noch keine Verpflichtung zum Wehrdienst – das ist verhältnismäßig.
3. Wenn dann immer noch personelle Lücken bleiben, greift nach einem Gesetzesbeschluss die Bedarfswehrpflicht – das ist verfassungskonform
4. Im Spannungs- oder Verteidigungsfall wird die allgemeine Wehrpflicht aktiviert – das ist selbstverständlich.

Hierüber werden wir nach der ersten Lesung gemeinsam weiter mit der SPD beraten.

Ausführlichere Informationen finden Sie im Fraktionsbriefing zum Thema Wehrdienst vom 15.10.2025

Bundeswehrmandate verlängern

Wir beschließen die Fortsetzung der Beteiligung an zwei Operationen: Erstens an der durch die EU geführte Operation EUNAVFOR ASPIDES, die einen Beitrag zum Schutz der Freiheit der Schifffahrt im Roten Meer leistet. Dies ist wichtig, da die Huthi-Miliz unverändert eine massive Bedrohung für die maritime Sicherheit in der Region darstellt. Zweitens an der VN-Mission UNMISS, die dem Schutz der Bevölkerung in Südsudan dient.

Außerdem bringen wir zwei weitere Mandate für Auslandseinsätze in erster Lesung ein: Zum einen die Fortsetzung der Beteiligung an der durch die EU geführte Operation EUNAVFOR MED IRINI und zum anderen an der durch die NATO geführte Maritime Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN.

Das Rentenpaket ist auf dem Weg

Die Aktivrente wurde diese Woche im Bundeskabinett verabschiedet und kommt vereinbarungsgemäß zum 1. Januar 2026 ohne Progressionsvorbehalt. Zum Rentenpaket gehören des Weiteren die Haltelinie beim Rentenniveau, die Ausweitung der Mütterrente („Rentenpaket 2025“) und die Stärkung der Betriebsrente.

Das „Rentenpaket 2025“ aus „Haltelinie und Mütterrente“ wird in dieser Woche in 1. Lesung beraten.

Zum Rentenpaket gehört ebenso die Frühstartrente, die um die Reform der privaten Altersvorsorge (Nachfolge Riester) ergänzt wird. Die Rentenkommission zur Vorbereitung weitergehender Reformen wird zudem früher als bisher geplant ihre Arbeit aufnehmen und Ergebnisse vorlegen.

Bundestag debattiert Modernisierungsagenda – Deutschland einfacher, digitaler und effektiver machen

Eine starke Wirtschaft braucht einen modernen und effektiven Staat. Deswegen hat das Bundeskabinett auf dem Weg zur Staatsmodernisierung die „Modernisierungsagenda“ verabschiedet. Diese wird in dieser Woche im Deutschen Bundestag debattiert. Sie soll staatliche Handlungen einfacher, schneller und bürgernäher machen. So werden wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Staat erhöhen. Außerdem unterstützen wir so auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Weitere Informationen finden Sie im „Liebe-Freunde-Brief“ des BMDS vom 1.10.2025

NOOTS – ein wesentlicher Bestandteil der Verwaltungsmodernisierung

Das Nationale Once-Only-Technical-System bietet die technische Infrastruktur, um Nachweise zur Bearbeitung von Anträgen zwischen den IT-Systemen verschiedener Behörden von Bund und Ländern, beispielsweise Registern, auszutauschen und so das Once-Only-Prinzip umzusetzen.

Mit dem Gesetz erfolgt die nach Artikel 91c Absatz 2 Satz 3 GG erforderliche Zustimmung des Deutschen Bundestages zum NOOTS-Staatsvertrag, der im Dezember 2024 zwischen Bund und Ländern geschlossen wurde.

Beschlüsse des Kabinetts vom 15.10.2025

- Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rentenalter (Aktivrentengesetz), siehe hierzu auch das Schreiben unseres finanzpolitischen Sprechers Fritz Güntzler MdB vom 15.10.2025
- Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (Verlängerung der Kfz-Steuerbefreiung für reine Elektrofahrzeuge)
- Mikroelektronik-Strategie
- Entwurf eines Gesetzes zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege; hier: Entwurf einer Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD (Umsetzung von Maßnahmen für stabile GKV-Beiträge im Jahr 2026)
- Entwurf der Neunten Jährlichen Information der Bundesregierung über die Entwicklung des Frauenanteils in Führungsebenen und in Gremien der Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes des Bundes sowie der Unternehmen mit unmittelbarer Mehrheitsbeteiligung des Bundes

Weitere Informationen zu den Beschlüssen des Bundeskabinetts finden Sie hier: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/kabinettsitzungen>

Zitate der Woche

Jens Spahn:

„Wir haben uns eingebuddelt in Regeln, Vorschriften & Pflichten. Bürokratie kostet Unsummen. Am Freitag diskutieren wir die Modernisierungsagenda.“

„Wir wollen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen. Wir wissen, was wir verteidigen: Unsere Freiheit, unsere Art zu leben. Und wir wissen, dass es notwendig ist.“

Alexander Hoffmann:

„Es wird einen Wiederaufbau in Gaza geben. Geld nach Gaza darf aber erst fließen, wenn sichergestellt ist, dass es nicht in die falschen Hände gelangt.“

Wer sich zum Fraktionsbriefing anmelden oder abmelden möchte, kann sich gerne mit einer entsprechenden E-Mail an fraktionsbriefing@cducsu.de wenden.